

Hermannstädter Zeitung.

Nr. 258.

Erscheint täglich.
Kostet vierteljährig 2 fl. 50 kr.
Mit Postverendung
im Inland 3 fl. 50 kr. 6. W.

Montag, 29. September 1862.

Bei Inseraten wird die
gespaltene Zeile mit 4 kr.
und die Stempelgebühr mit
30 kr. für jedesmaliges Ein-
schalten berechnet.

II. Jahrgang.

Anzeige.

Mit dem Monat September 1862 schließt das dritte Quartal des Jahrgangs II. der „Hermannstädter Zeitung.“ — Wir laden unsere verehrlichen Leser ein, auf das vierte Quartal der „Hermannstädter Zeitung“ zu pränumerieren.

Die „Hermannstädter Zeitung“ kostet in Hermannstadt für die Monate October, November und December 2 fl. 50 kr. 6. W.

Mit Postverendung 3 fl. 50 kr. 6. W.

Hermannstadt, 23. September 1862.

Redaction der „Hermannstädter Zeitung.“

Hermannstadt, 29. September. Gestern um 11 Uhr Vormittags fand eine kurze Sitzung der h. Landeskirchenversammlung Statt, in welcher einige Paragraphen des Pfarerwahlgesetzes superirirt wurden. Wir bringen den Bericht darüber im Zusammenhange mit den Resultaten der heutigen Sitzung der h. Landeskirchenversammlung morgen.

Hermannstadt, 29. September. Gestern Abends fand im großen Saale zum römischen Kaiser das Souper Statt, welches das Presbyterium und die Gemeindevertretung zu Ehren der h. Landeskirchenversammlung veranstaltet hatten. Die hochverehrten Gäste fanden sich in voller Zahl ein und es ward aus dem Gastmahl ein weisevolles Fest. Toast drängte auf Toast über die höchsten Interessen der Nation und auf die gefeiertesten Männer. Es ist uns schlechterdings nicht möglich, das reiche Bild auch nur in den Umrissen zu zeichnen, so überwältigend ist der Stoff. Einer Rede aber müssen wir gedenken, in welcher mit Begeisterung des politischen Anschlusses von Sächsisch-Meßen an das Sachsenland gedacht wurde, auf welche ein jubelnder, nicht enden wollender Beifall folgte. Spät in der Nacht trennte sich die zahlreiche Gesellschaft in gehobener Stimmung.

Dem „Botschafter“ wird als ein in Abgeordnetenkreisen circulirendes Gerücht mitgetheilt, der siebenbürgische Hofkanzler Graf Rad as d y beabsichtige, von seinem Posten zurückzutreten. Zugleich wird behauptet, daß Alles, was über eine nothe Entscheidung in der siebenbürgischen Sache während der letzten Tage gemeldet wurde, unbegründet sei, vielmehr wird, wie der Wiener Correspondent des „Pester Lloyd“ schreibt, versichert, daß die siebenbürgische Hofkanzlei zur Stunde noch allzu sehr von der Organisation der Justiz und Verwaltung in Anspruch genommen ist, um sich mit der Einberufung des Landtages beschäftigen zu können, und daß seit den Berathungen, an welchen vor einigen Wochen auch der Gouverneur von Siebenbürgen theilgenommen, der Beschluß feststeht, daß man abwarten wolle, wie sich die einzuberufenden Comitatäussschüsse benehmen und bewegen werden.

Zur Tagesgeschichte.

[Vom kaiserlichen Hofe.] Man schreibt der „Presse“ aus Reichenau: Ihre Majestät die Kaiserin und die kaiserlichen Kinder werden Reichenau am 27. oder 28. d. M. verlassen. Während ihrer Anwesenheit in Reichenau macht Ihre Majestät die Kaiserin lange andauernde Fußpromenaden auf der mit der Villa in Verbindung stehenden Hammerwiese. Ist Se. Majestät der Kaiser hier anwesend,

so macht das Herrscherpaar größere Fußpromenaden nach Hirschwang u. In der jüngsten Zeit wurde Seitens des Dr. Hofrath Fischer Ihrer Majestät der Kaiserin auch schon ein kurzer Ritt gestattet. Als Anerkennung für die bei dem Kronprinzessensfesten stattgefundenen Loyalitätskundgebungen hat Se. Majestät der Kaiser den Reichenauer Honoratioren zahlreiche Besuche zu einem kaiserlichen Gespended, welches gestern begann und am Namensfeste des Kaisers fortgesetzt und geschlossen wird. Die kaiserlichen Kinder sind bei vortheillicher Gesundheit. Der Kronprinz spricht außer Deutsch auch bereits ziemlich fertig Französisch und Ungarisch und wird seit einigen Wochen auch in der böhmischen Sprache unterrichtet.

[Aus dem österreichischen Reichsrathe]. In den Sitzungen vom 23. und 25. September beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus mit der Generaldebatte über die Revision des Grundsteuer-Catasters. Der Gegenstand spielt eine so große Rolle im Staats-Haushalt, greift so tief in das Interesse aller Grundbesitzer ein, daß er schon an und für sich das größte Interesse in Anspruch nimmt.

Die Steuer von dem fruchtbaren Boden, von Aekern, Wiesen, Weinbergen, Wäldern soll wie jede Steuer bloß einen Theil des reinen Einkommens des Grundbesizers bilden, und zwar derart, daß jeder Besizer, ob er viel oder wenig besitzt, einen gleichen Theil seines Einkommens, ein gewisses Percent an den Staat abgibt. Wenn z. B. der Grundsteuersuß 15 pCt. ist, wird Derjenige, der 100 fl. reines Einkommen hat, 15 fl., Jener aber der 1000 fl. reines Einkommen hat, 150 fl. zahlen. Es handelt sich also darum, das reine Einkommen festzustellen, und dies bildet die Anlage des Catasters.

Man muß ermitteln wie groß der Rohertrag ist, wie viele Meßen Getreide, wie viele Eimer Wein, wie viele Centner Heu, wie viele Klafter Holz ein Stück Landes gibt, wie theuer man dieses Getreide verkauft, wie viele Auslagen man hat, und muß dann diese Auslagen vom Ertrage abziehen, um den Reinertrag zu finden. Zu diesem Zwecke wurde unter Kaiser Carl VI. in der Lombardie mit der Anlage eines Catasters begonnen, der noch heut zu Tage dort unter dem Namen censo Milanese in Geltung ist und weil dort diese Methode gut anschlag, dieselbe später auf alle anderen Länder des Reiches übertragen. Die Operation besteht in Folgendem: das Land wird vermessen, sodann der Boden in jeder Gemeinde in verschiedene Classen durchschnittlich abgetheilt, der Preis derselben ermittelt, davon die Erzeugungskosten abgezogen und dadurch die Basis für die Steuer gewonnen. Das nennt man den stabilen Cataster. Theoretisch war die Sache sehr richtig, und da man den Preis der Producte vom Jahre 1824, wo sie am niedrigsten im ganzen Jahrhundert waren, ansetzte, schien für den Grundbesizer wohl geforgt. Practisch stellten sich die Dinge anders. Die Vermessung und Schätzung nahm viele Jahre in Anspruch; heute noch ist sie kaum im halben Reiche beendet. Mittlerweile hatten sich die Preise und die Verhältnisse geändert. Straßen, Eisenbahnen, Verbesserung der Cultur hatten auf den Ertrag und den Absatz bedeutenden Einfluß genommen. Man entdeckte mannigfache Irrungen und Fehler in der Schätzung, man bemerkte, daß die Länder je nach der Zeit, zu welcher man den Cataster anlegte, ungleich besteuert seien, und Herr v. Bruck trug der Erste auf eine gründliche Reform des Catasters an. Er schlug an der Stelle des bestehenden einen Werthcataster vor. Er wollte alle Besitzungen abschätzen, und die 5percentigen Interessen des Schätzungswertes als reines Einkommen zur Steuerbasis machen und so einen Werthcataster anlegen. Zu diesem Zwecke wurde eine Immediatcommission aus Grundbesizern niedergesetzt, diese aber sprach sich gegen den Werthcataster aus. Der Schätzungswert der Güter ist ein sehr zufälliger, er ist bei kleinen Grundstücken höher, als bei großen, und die Steuer trifft also den bäuerlichen Grund stärker, als den ehemals herrschaftlichen. Der Bauer hängt deshalb an dem stabilen Cataster und ist ein Gegner des Werthcatasters.

Bruck starb, das Project blieb liegen, ein anderes trat nicht an seine Stelle; die Bedürfnisse des Staates mehrten sich, man

glaubte durch eine Steuerausgleichung abzuheben und verlangte die Revision des Catasters. Die Regierung brachte einen Vorschlag ein, der Finanzausschuß verbesserte ihn und nun wird er im Abgeordnetenhaus verhandelt.

Der Abgeordnete Kaisersfeld beantragte in der Sitzung vom 23. September das 1. über das Gesetz über die Revision bezüglich der Durchführung des stabilen Grundertragsvorlage, über die Regierungsvorlage über die Revision des stabilen Grundsteuercatasters zur Tagesordnung übergegangen werde, und 2. daß die Regierung aufgefordert werde, einen Entwurf über die Reform der Grundsteuer in thunlichster Kürze im Reichsrathe zur verfassungsmäßigen Behandlung einzubringen.

Die Sitzung vom 23. September war außerdem durch folgende Scene zwischen dem Staatsminister und dem böhmischen Abgeordneten Staniek, einem getreuen Schildknappen des Grafen Lam bemerkenswerth. Abgeordneter Staniek. Es sind bereits drei Monate verstrichen, seitdem die Interpellation, betreffend die in Böhmen gegen landwirthschaftliche Vereine von der Ministerbank erhobene Beschuldigung, daß sich dieselben mehr mit politischen als mit landwirthschaftlichen Gegenständen befassen, eingebracht wurde und noch immer ist keine Beantwortung erfolgt. Ich sehe mich daher bemüßigt, diese Thatsache vor dem h. Hause zu constatiren und zugleich zu ersuchen, sich die Consequenzen daraus zu ziehen und einen künftigen Maßstab der Beurtheilung zu bilden.

Staatsminister v. Schmerling. Ich gestehe, daß die Beantwortung dieser Interpellation meinerseits in Vergessenheit gerathen ist, was vielleicht verzeihlich sein dürfte, wenn man erwägt, daß dieses h. Haus mit sehr vielen wichtigeren Angelegenheiten beschäftigt ist (Heiterkeit), und wenn man es würdigt, daß diese Interpellation eine Angelegenheit betrifft, welche weder auf das Wohl des Reiches noch auf das des Königreiches Böhmen den geringsten Einfluß übt (vermehrte Heiterkeit). Aber indem ich mein Versehen einbekenne, werde ich es demnächst durch Beantwortung dieser Interpellation gut machen. (Anhaltende Heiterkeit und Bravo links. Aller Augen sind auf den Abg. Staniek gerichtet, der verlegen den Kopf senkt.)

In der Sitzung des Abgeordnetenhanfes vom 25. wurde die Debatte über die Revision des Grundsteuer-Catasters fortgesetzt. Es trat hierbei die fonderbare Erscheinung ein, daß während in der Sitzung vom 23. alle Redner sowohl gegen die Regierungsvorlage als gegen den Ausschussantrag eingeschrieben waren, heute ein Theil derselben für den letzteren das Wort ergriff. Die Herren v. Hopfen und Herbst waren in dieser Richtung die Hauptredner. Beide wendeten ihre Polemik gegen die Rede des Herrn v. Kaisersfeld. Die Klarheit und Präzision, mit welcher der sachkundige Abgeordnete v. Hopfen seine Gedanken entwickelte, erwarben ihm die laute Anerkennung der Majorität des Hauses, und zwar selbst derjenigen Mitglieder, die mit einzelnen Behauptungen, die er aufstellte, nicht einverstanden waren. Es ist überhaupt eine interessante Erscheinung, daß über ein Thema, welches so trockener Natur zu sein scheint, wie die Frage über Werth- und Ertrags-Cataster, mehrere Reden gehalten wurden, die zu den besten gehören, die man im Abgeordnetenhanse vernommen. Auch die Abgeordneten Herr Herbst und Grocholski wurden mit großem Interesse gehört, und der Antrag des Ersteren, dem schließlich Herr v. Hopfen sich anschloß, hat alle Aussicht, die Majorität des Hauses für sich zu erlangen: daß nämlich ein neuer Ausschuss aus 15 Mitgliedern gewählt werde, der über die Revision des Catasters Anträge zu stellen habe.

Die polnischen Abgeordneten, die sich bei der Debatte, trotzdem daß sie unstreitig eine finanzielle ist, beteiligten, haben durch ihren Wortführer, Herrn v. Grocholski, die Erklärung abgegeben, daß sie die Grundschätzung als eine Administrativ-Maßregel auffassen und deshalb, ohne ihrem Standpunkte untreu zu werden, dieser Angelegenheit ihre Mitwirkung zuwenden. Wir halten dies, offen gestanden, für eine Redensart, die wir aber gerne als einen triftigen, höchst logischen Grund zu acceptiren bereit sind. Thatsache ist, daß die Herrn jener Partei zu der Einsicht gekommen sind, daß ihre Mandanten alle Ursache hätten, die bittersten Anklagen gegen sie zu erheben, wenn sie aus unfruchtbarer Consequenzmacherei sich von einer Frage fernhalten würden, welche die Interessen Galiziens so direct und in so ausgebeutetem Maße berührt. Das Beispiel des Branntweinsteuergesetzes ist in Galizien noch nicht vergessen.

[Das Urtheil im Proceß des „Bozor“.] Am 24 d. M. um 1/5 Uhr Nachmittags wurde in dem Proceß gegen Er. Hochwürden den Canonicus P. Vacl. Stulc, Redacteur des „Bozor“, das Urtheil von dem k. Landesgerichte in Prag verkündigt. Dasselbe lautet: „Der hochwürdige Herr Canonicus des altherwürdigen Woiwodebrader Domcapitels P. V. Stulc, Redacteur des perio-

dischen politischen Blattes „Bozor“, wird von dem im § 65 des St.-G. bezeichneten, ihm zur Last gelegten Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe losgesprochen und für schuldlos erkannt und von dem Ersatze der Kosten des Strafverfahrens freigesprochen.“ Die Verlesung des ganzen Urtheils jammert den Gründen, die sich im Wesentlichen auf die von dem Vertheidiger des Beklagten, Dr. Frißch, gegen die Anklage der Staatsbehörde geltend gemachten Einwendungen stützen, nahm ungefähr eine Viertelstunde in Anspruch.

[Das Vorparlament in Weimar.] wird am 28. bis 30. September tagen. Angemeldet sind unter Andern bereits 12 Abgeordnete aus Württemberg, 30 aus Berlin; Heinrich v. Gagern und Welcker werden auch eintreffen.

[Herr v. Bismark.] Aus Berlin, 28. September läßt sich das „Waterland“ schreiben: Prinz Karl hat gesagt: Herr v. Bismark hat die Situation vollständig in der Gewalt, weil der König erkannt hat, daß in Preußen nur eine conservative Politik möglich ist, nämlich die der „Kreuzzeitung“, Herr v. Bismark aber ganz allein im Stande ist, mit ihm dieselbe zu tractiren, da er den pietistischen Anstrich nicht hat, der meinem Bruder an den Herren v. Gerlach, v. Kleist u. s. w. mißfällt. Diese Aeußerung ist authentisch.

[Verwerfung des Militäretats in Preußen.] In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhanfes vom 23. September wurde, wie schon telegraphisch gemeldet, über den Militäretat endgültig abgestimmt. Für die Bewilligung der vollen Etatsposition der Ausgaben im Ordinarium (nach der Regierungsvorlage) stimmen im Ganzen 11, dagegen 308. Die Bewilligung von 31,932,940 Thlr. im Ordinarium nach den provisorischen Beschlüssen erfolgt hierauf einstimmig, ebenso die Ueberweisung des Restes in das Extraordinarium. Nachdem der volle Betrag abgelehnt ist, erfolgt die Abstimmung über die Bewilligung von 5,529,566 Thlr. nach dem v. Bismarck'schen (Stavenhagen'schen) Vermittlungs-Amendement. Das Amendement wird mit großer Majorität abgelehnt; das Extraordinarium für die Kriegsbereitschaft ist also gestrichen.

[Antwort Preußens an Oesterreich wegen eines Handelsbundes.] Bekanntlich hatte Graf Rechberg in einer Note vom 21. v. M. die preussische Regierung aufgefordert, nachdem durch den bairisch-württembergischen Widerspruch der mit Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag doch gescheitert sei, nimmeh in die im Artikel 25 des Handelsvertrages vom 19. Februar 1853 vorbehaltenen commissarischen Unterhandlungen über einen Handels- und Zollbund mit Oesterreich einzutreten. Die von 19. d. M. datirte preussische Antwort lehnt dies ab. Die Note führt, nach der „N. Z.“, aus, daß man diesseits die Verträge vom 2. August keineswegs als gescheitert betrachte, da das Hervortreten einer Meinungsverschiedenheit über eine große handelspolitische Maßregel nicht sofort als gleichbedeutend mit der Verwerfung derselben aufgefaßt werden könne.

[Neapolitanische Zustände.] Als Illustration zu der „auf regelmäßigem Wege erfolgender Entwicklung Italiens“ wird das nachfolgende Bild dienen, welches die „Gazz. di Torino“ von den Zuständen in Neapel entwirft:

„Eine zügellose Journalistik ruiniert die öffentliche Meinung; die Emancipationsvereine breiten gleich eben so vielen Schmarozk-pflanzen ihre Wurzeln von Ort zu Ort aus; die Männer der Actionspartei triumphiiren in den Wahlen; sie bekommen die einträglichsten Stellen und Aemter, mit denen die höchste Verantwortlichkeit verbunden ist; die Regierungsmänner machen ihnen den Hof und werden in den parlamentarischen Kämpfen von ihnen unterstützt; in allem Uebrigen aber herrscht Verwirrung und nichts kommt vorwärts; die Befehle der Regierung gelangen nirgends zur Ausführung; alle Räder der Staatsmaschine stoßen; in den Ideen wie in den Handlungen, in den oberen wie in den unteren Gesellschaftsklassen herrscht Anarchie, während in den Palästen der großen Herren wie in den Hütten des Landmannes, im Bivouak des Briganten wie in der Werkstätte des Arbeiters, unter den Verfechtern der Legitimität und unter den Muratisten wie unter den Anhängern der Actionspartei Alles nur den Umsturz des Bestehenden anstrebt. Die Regierung, die Alles bedroht sieht und in sich und im Gesetze keine Energie findet, sucht sich außerhalb ihrer Wirkungssphäre und außerhalb des Gesetzes zu helfen, d. h. sie suspendirt die verfassungsmäßigen Garantien und überträgt einem General absolute Gewalten.“

[Unzufriedenheit in der Moldau.] Man schreibt der „Donau-Zeitung aus Bukarest 13. September: Es laufen hier Nachrichten aus dem „Lande jenseits des Nilow“, wie man die Moldau hier zu benennen anfing, ein, welche darthun, daß die Moldauer weder mit der Benennung „jenseits des Nilow“, noch mit den sonstigen Bukarester Regierungsmaßnahmen zufrieden sind.

Wer in diesen Ländern sich aufgehalten hat, wird die Thatsache zugeben, daß der Moldauer von dem Walachen in den verschiedensten Beziehungen sich unterscheidet, und Dem gemäß konnte zwischen diesen beiden Territorien eine Verschmelzung auf natürlichem Wege um so weniger bewirkt werden, als auch das Verkehrsleben zwischen ihnen, trotz der Nachbarschaft, ein sehr geringes ist. Die Moldau leidet nämlich Ueberfluß und Mangel an beinahe ganz denselben Producten wie die Walachei; die beiderseitigen Producte können sich nicht ergänzen und ausgetauscht werden; beide Länder müssen ihren Ueberfluß an das Ausland abgeben und ihrem Mangel im Auslande abhelfen; das volkwirtschaftliche Leben beider gravitirt nach Außen, nur nach ihrer verschiedenen Lage auch nach verschiedenen Richtungen hin.

Man darf sich daher gar nicht wundern, daß die Moldauer die Uebertragung aller Centralbehörden und selbst höherer Schulen von Jassy nach Bukurest verdammen, und daß sich bereits unter den Bojaren eine Partei zu bilden beginnt, welche nicht nur eine restitution in integrum der Centralbehörden, sondern auch der moldauischen Kammer durchzusetzen gewillt ist. An ihrer Spitze steht der durch seinen großen Reichthum bekannte Bojar Dimitrie Balch aus Bottuschau.

[Berichtigung aus Warschau.] Die „Wiener Zeitung“ enthält nachstehendes Telegramm aus Warschau: „Die fremden Blätter behaupten, daß die Einberufung der Grundbesitzer nach Warschau, deren Zweck die Ueberreichung einer Adresse an den Großfürsten Konstantin war, in Folge einer von Sr. Hoheit dem Grafen Zamoysti gegebenen Ermächtigung stattgefunden habe. Diese Angabe ist gänzlich aus der Luft gegriffen.“

Aus Warschau ist am 18. Sept. der erste Personenzug auf der Warschau-Petersburger Eisenbahn in ununterbrochener Fahrt nach Petersburg abgegangen. Die ganze Fahrt dauerte mit dem Aufenthalt auf den Stationen, der in Landwarow $4\frac{1}{2}$ Stunden beträgt, 38 Stunden.

Aus dem Telegraphen Bureau:

Paris, 25. September. Der heutige „Moniteur“ schreibt: Die römische Frage ist ein Gegenstand der Polemik geworden; es erscheint zweckdienlich die Bemühungen des Kaisers, eine Versöhnung des h. Stuhles mit Italien herbeizuführen, bekannt zu geben.

Der „Moniteur“ veröffentlicht demgemäß folgende Dokumente: Ein Schreiben des Kaisers an Thouvenel vom 20. Mai 1862, welches die Nothwendigkeit einer Politik der Versöhnung darlegt, indem es eine Combination mit folgenden Grundlagen vorschlägt:

Der Papst wird die Schranke fallen lassen, welche ihn von Italien scheidet, und Italien wird die für die Unabhängigkeit des Papstes erforderlichen Garantien geben. Durch diese Combination wird ein doppeltes Ziel erreicht, indem sie den Papst als Herrn bei sich zu Hause (maître chez lui) erhält, während der die Schranken fallen läßt, welche heute den Kirchenstaat von dem übrigen Italien trennen. Damit aber der Papst Herr sei, muß er unabhängig sein und seine Macht muß von den Unterthanen freiwillig anerkannt werden (librement accepte).

Es ist zu hoffen, daß dem so sein werde, wenn Italien sich Frankreich gegenüber versichert wird, den Kirchenstaat anzuerkennen, und wenn der Papst, von den alten Traditionen zurückkommend, die Privilegien der Municipalität und der Provinz derart anerkennen wird, daß diese sich selbst verwalten. Das Schreiben schließt, indem es sagt, diese allgemeinen Andeutungen seien kein Ultimatum, wohl aber die Grundlagen einer Politik, welche der Kaiser durch uneigennütige Rathschläge und den legitimen Einfluß vorwiegen zu lassen bemüht sein muß.

Eine Note Thouvenels an Lavalette vom 30. Mai, welche constatirt, daß der Kaiser das Turiner Cabinet niemals hoffen ließ, daß Rom die Hauptstadt Italiens werden könne. Jede Erklärung Frankreichs zeigte den festen Willen, dem Papste seine gegenwärtigen Staaten zu erhalten. Ein mögliches Arrangement wäre: die Aufrechthaltung des territorialen Status quo; Italien würde seinen Ansprüchen auf Rom entsagen und sich verpflichten, das päpstliche Gebiet zu respectiren.

Sie haben, sagt die Note, dieses Project dem Cardinal Antonelli mitzutheilen. Dieses Project hat nichts Bedrohliches; Sie haben jedoch zu verstehen zu geben, daß, wenn man fortfährt, die Theorie der Unbeweglichkeit entgegenzustellen, Frankreich genöthigt wäre, während es so viel als möglich die Interessen des h. Stuhles wahrt, dennoch aus einer Situation herauszutreten, deren Verlängerung über eine gewisse Zeit seiner Politik eine falsche Richtung geben würde (fausserait sa politique.)

Die Antwort Lavalette's vom 24. Juni kündigt an, daß Cardinal Antonelli sich jeder Idee einer Transaction widersetzt und das Project mit einer entschiedenen Weigerung aufgenommen habe.

Konstantinopel, 19. Sept. Die Einlösung der Kaimes wurde am 12. vollendet. Vom 13. an nahm die Staatscassa die Baarzahlungen wieder auf; nur die Zollverwaltung erhebt die Gebühren nach den bisherigen Vorschriften. Die serbische Convention wird nächstens sanctionirt werden, nachdem der letzte Artikel auf Wunsch des Sultans unbedeutend abgeändert wurde. Die hiesige englische „Revue“ schlägt eine Weltausstellung in Konstantinopel für das Jahr 1864 vor.

Smirna, 19. Sept. Die Station Epheus auf der Aidin-eisenbahn wurde eröffnet.

Athen, 19. Sept. Die Kammern werden für einen Monat vertagt, nicht aufgelöst.

Notizen.

[Eine seltsame Deputation] erregte am 18. in Wien Vormittags in der k. Hofburg, so wie in einem Theile der inneren Stadt großes Aufsehen und einen Zusammenlauf vieler Menschen. Dieselbe war, ohne sich vorchriftsmäßig angemeldet zu haben, aus Simmering nach dem Schweizerhofe in der Burg gekommen, und verlangte daselbst bei Seiner Majestät dem Kaiser zur Audienz vorgelassen zu werden. Die Deputation bestand aus einem Manne, fünf älteren Weibspersonen, vier Knaben und vier kleinen Mädchen und bot schon in Bezug auf ihr Aeußeres einen eigenthümlichen Anblick. Die kleinen Mädchen waren festlich gekleidet und ihre Scheitel mit Blumenkränzen geschmückt, während jeder der Knaben einen großen Blumenstrauß in den Händen hielt. Einen besonders phantastischen Anzug hatte eine der Frauen, welche den Zug anführte und sich eine „Prophetin“ nannte, die bisher unbekannte Geheimnisse des Evangeliums ergründet haben wollte. Sie war vom Kopfe bis zu den Füßen weiß gekleidet, trug auf dem Kopfe einen Kranz von weißen Blumen und grünen Blättern und hielt in den Händen eine große mit Bändern unwundene Papierrolle, in der sie die von ihr erforschten Geheimnisse aufgeschrieben hatte. Diese Person, die fast einer Druidin ähnlich sah, wollte mit dem Zuge vor Sr. Majestät erscheinen, um den Kaiser zu bitten, nach den in der Rolle ausgesprochenen Offenbarungen für die ganze Monarchie ein neues Religionsgesetz zu erlassen. Bemerkt zu werden verdient, daß die Prophetin gegen 40 Jahre alt und nur der böhmischen Sprache mächtig ist. Die ganze Deputation wurde nach dem Polizeicommissariate der inneren Stadt gebracht, von wo aus man eine der Weiber, deren Aeußerungen noch am Vernünftigsten schienen, mit den 8 Kindern nach Simmering zurückschickte. Der Mann und drei Frauenzimmer wurden zur ärztlichen Beobachtung nach dem allgemeinen Krankenhaus überführt. Die Prophetin selbst aber, aus deren Worten deutlich der Irrsinn dieser Person zu erkennen war, wurde in einem Wagen nach der Irrenanstalt am Brunnfelde gebracht. An dem letzteren Orte stellte sich heraus, daß dieselbe bereits vor mehreren Jahren sich in dem Irrenhause befunden hatte.

[Ritter v. Schwarz.] Nach der „D. A. Z.“ bezeichnet ein Gericht mit Entschiedenheit Herrn Ritter von Schwarz als Nachfolger des Grafen Wickenburg im Handelsministerium, falls Letzterer den hohen Posten des Grafen Lanckoronski übernehmen sollte. Von Seite der österreichischen Industriellen soll Herrn Ritter v. Schwarz ein Ehrengeschenk, als Beweis der Sympathien, die er genießt, überreicht werden, zu welchem Behufe eine sehr bedeutende Summe gesammelt wurde.

[Die disponiblen Beamten.] Die „Presse“ meldet: Durch kaiserliche Entschliefung ist die Errichtung zweier Commissionen angeordnet worden, welche abgesondert (auf Grund der Zuständigkeit der ungarischen und nichtungarischen Individuen), bei der Statthalterei, resp. bei der ungarischen Hofcauzlei, dann bei dem Staatsministerium zu fungiren haben, und deren Aufgabe es sein wird, die Verzeichnisse und Qualifications-Tabellen der disponiblen Beamten und Diener zu prüfen, und die Namensliste jener Individuen, welche wegen ihrer geringeren Fähigkeit oder kürzeren Dienstdauer auf nochmalige Verwendung oder weitere gnadenweise Behandlung nicht Anspruch haben, behufs deren vor Ablauf der Begünstigungsfrist durchzuführenden normalmäßigen Behandlung vorzulegen.

[Entdeckter Mord.] Ein Bahnwächter auf der Nordbahnstrecke zwischen Hohenau und Lundenburg hatte vor fünf Jahren einen Schweinehändler, der ihn wegen einer Geldschuld drängte, mit mehreren Artstücken ermordet. Nach dem Morte beraubte er auch noch sein Opfer, in diesem Augenblicke erschien jedoch bei ihm

ein zweiter benachbarter Wächter, der so Zeuge des Geschehenen ward. Anstatt nun den Verbrecher anzuzeigen, ließ er sich durch dessen Drohungen Anfangs einschüchtern, und Zureden und ein Geschenk von 20 fl. brachte ihn endlich dahin, daß er dem Mörder behilflich war, den Leichnam des Ermordeten in einen nahen Wassergraben zu werfen. Seit dieser Zeit aber wurde der Mitschuldige unablässig durch die furchtbarsten Gewissensbisse gequält, und insbesondere, wenn er des Nachts seinen Wächterdienst versah. Am letzten Sonntage endlich gestand er freiwillig das entsetzliche Verbrechen einem Ingenieur in Lundenburg, der hiervon sogleich bei der Behörde die Anzeige machte. In Folge dessen wurden beide Bahnwächter in Haft genommen. Der Mörder befand sich gerade im tollsten Jubel auf einem Tanzboden, als die Gendarmerie ihn schnahm.

* Aus Szegvár schreibt man dem „P. Naplo“ von folgendem Raubanfall, dessen Opfer die Familie Jak am 12. d. M. war. Das Haus derselben war wegen der vielen Räubereien, die zur Vorsicht mahnen, sorgfältig verschlossen. Die Räuber gebrauchten aber, wie gewöhnlich die List, daß sie zum Hause gehörige Individuen gebunden und unter Todesdrohungen zwangen die Thüre öffnen zu lassen, und der Diener öffnete wirklich, als er die bekannten Stimmen hörte. Drei mit allerlei Waffen versehene Räuber vertrieben zunächst das Gesinde, und drangen dann in ein Zimmer im ersten Stock, wo Herr Karl Jak eben mit seiner jungen Gattin und der als Gast anwesenden Baronin H. aus Wien, Whist spielte. Sie zwangen ihn mit Säbelstreichern und Kolbenschlägen unter den wildsten Drohungen all sein Geld und werthvolle Gegenstände herauszugeben; auch den Frauen raubten sie Alles. Aber das war nicht genug. Die Räuber wußten, daß Herr Gedeon Jak (der ältere Bruder des Angegriffenen, der aber nicht zu Hause war, und erst eine halbe Stunde nach dem Abzug der Räuber nach Hause kam) Cassier des Jalaer Landwirtschaftsvereines ist, und verlangten von dem Bruder desselben den Schlüssel zum Schreibtisch; da er ihn aber nicht hergeben konnte, drohten sie unter Säbelstreichern die Herausgabe der Schlüssel und noch größerer Geldbeträge durch glühende Kohlen zu erzwingen. Später nahmen sie eine Akt, zertrümmerten den Schreibtisch und warfen alle Schriften heraus. Als sie das Vereinsgeld nicht fanden, welches eben wegen der Räuber nicht im Hause gehalten wird, fingen sie schon an, ihre Drohungen auszuführen; doch draußen mehrte sich der Lärm des versammelten Volkes, und nachdem sie eine Stunde gewüthet hatten, verließen sie das Haus, und nahmen die Waffen der Familie mit, drohend daß sie Herrn Gedeon bald finden, und wenn er ihnen nicht viel Geld geben könne, tödten würden. Nur ein Diener erhielt einen Stich in den Unterleib, sonst kam keine blutige Verletzung vor. — Im Dorfe waren drei Panduren, die es nicht wagten, die Räuber, die im Ganzen ihrer fünf waren, anzugreifen. Das im Hofe versammelte unbewaffnete Volk wurde von zwei Wackelhaltenden Räubern durch fortwährendes Schießen fern gehalten.

[Constitutionell dressirte Hunde.] Daß bei der dreijährigen Dienstzeit die instruirten preussischen Militärs noch Zeit genug übrig behalten, um neben ihren Recruten auch noch Hunde zu dressiren, beweisen diejenigen, welche das Glück haben, zu S... in Garnison zu liegen. Die dort instruirten Köter machen ihren Meistern alle Ehre, wie man deutlich an folgenden Proben sah. Ein Lederbissen wurde dargereicht, der Hund will zuschnappen, da wird ihm zugerufen: „Die Militärcommission hat's gestrichen!“ Sogleich klemmt der Hund den Schwanz zwischen die Beine, betrachtet zwar sehnsüchtvoll den Bissen, aber nimmt ihn nicht. Erst auf den weitem Ruf: „Die Kammer hat's bewilligt!“ nimmt dies constitutionelle Thier das bisherige noli me tangere fröhlich schmagend in seinen Gtut auf.

[Neuer Vulkan.] Am Monte delle Riche, 7 Kilometer von Rom, an der rechten Seite der nach Civitavecchia führenden Eisenbahn, haben sich seit einigen Tagen vulkanische Erscheinungen gezeigt. Aus einer Art kleinem Trichter oder Krater ergießen sich schwefelige Massen von solchen Proportionen, daß man eine Beschädigung des Schienenstranges befürchtete. Der päpstliche Handelsminister, Commendatore Baldini, hat daher eine Untersuchung des Phänomens angeordnet und eine Commission aus Fachmännern und Ingenieuren zusammengesetzt. Gegenwärtig besitzt das in vulkanischer Thätigkeit befindliche Areal eine Länge von 20 und eine Breite von 10 Meter.

Die Temperatur war an einigen Stellen so hoch, daß die Experimentirenden, trotz starker Stiefelsohlen, nicht lang an einem und demselben Orte stehen konnten. Der Boden ist mit leichtem Schwefel überzogen, der sich in Krystallen an die Steine und Gräser angelegt hat. Als man an einer Stelle, wo der Ausfluß besonders stark war, das Erdreich 2 Palm tief aufdeckte, zeigte sich der Fels glühend roth. Augenblicklich ist für die Eisenbahn jedoch keine Gefahr zu fürchten, weil die niedrigsten Krateröffnungen 6 Meter über dem Schienengeleise liegen.

ANZEIGER zur Hermannstädter Zeitung.

Concurs.

Mit dem 1. November d. J. ist die deutsch-evangelische Schullehrerstelle in **Groß-Gnyed** zu besetzen. Der jährliche Gehalt dieses Dienstes besteht in 200 fl. ö. W. aus der Kirchencasse, das Schulgeld von andern confessionellen Kindern nicht mit eingerechnet; dann 4 Erdjoch Ackerland zu Kukuruz und 3 Erdjoch Wiesengrund zu Heu und Grummet, welche Schulgründe alljährlicher Pachtung unterliegen; ferner einen Haus- und nicht weit von der Stadt einen Baumgarten, sammt freier Wohnung im Schulhause und aus der Stadtwaldung jährlich 3 Competenzen oder 9 bis 10 Klaftern gutes Brennholz. —

Mit dieser Stelle ist auch zugleich der Kirchendienst, besonders aber das Orgelspiel als Choralführer auch bei Begräbnissen, und wenn möglich auch die Kenntniß der ungarischen Sprache verbunden. Daher haben Bewerber um dieselbe ihre Gesuche mit den nöthig abgesehenen Zeugnissen an das gefertigte Presbyterium längstens bis den 20. October d. J. einzusenden. —

Groß-Gnyed, 23. September 1862.

Das Presbyterium der evang. Kirchengemeinde A. B. Andreas Comisel, Vorstand.

2--3

Anzeige.

Am 2. October d. J. beginnt der einjährige Curfus für

„Männergesang“

an der von der Hermannstädter Liedertafel gegründeten Chorschule. Der Gesangsunterricht wird vom Musiklehrer Herrn Hug o Crüger jeden Dienstag und Donnerstag Abends von 8—9 Uhr im Musikvereinslocale, Johannisreg Nr. 1116 erteilt.

Am Unterrichte dürfen nur Personen, welche das achtzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben, gegen Entrichtung eines monatlichen Unterrichtsgeldes von einem Gulden ö. W. Theil nehmen.

Anmeldungen zum Besuche der Chorschule werden bis zum Beginne des Unterrichtes jeden Tag von 9—1 Uhr Vormittags und von 3—6 Uhr Nachmittags vom Vereinsvorstande Herrn Landesadvocaten Dr. Carl Guist Fleischergasse Nr. 102 entgegen genommen.

3--3

Pränumerations - Einladung

auf das mit 1. October l. J. beginnende vierte Quartal der politischen Wochenchrift

„Die Reform“

redigirt und herausgegeben von

Dr. Franz Schuselka.

Dieselbe erscheint jeden Donnerstag, 2 Bogen stark, Groß- Octav-Format in Umschlag.

Preis des Quartals für Wien 2 fl. 40 kr.

Für die Provinz 3 fl.

Man pränumerirt auf diese Zeitschrift bei der

„Administration der Reform“ in Wien

Stadt, Lugek Nr. 735.

3--3

Expedition:
F. A. N. Krabs.

Hermannstadt.
Verantwortlicher Redacteur, Eigenthümer und Verleger:
Heinrich Schmidt.

Schnellpressendruck
v. Cloßus'sche Buchdruckerei.